Montag, 16. März 2020

Entwurf zur gemeinsamen Stellungnahme der Städte Maxhütte-Haidhof, Teublitz und Burglengenfeld

Fortschreibung des Regionalplans Kapitel A „Allgemeine Entwicklung, Raumstruktur und Zentrale Orte“ und Kapitel B VI „Soziale und kulturelle Infrastruktur“

(Anmerkung: Schlagworte wurden nur zur leichteren Orientierung unterstrichen)

Sehr geehrte Damen und Herrn,

gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zu den beiden Fortschreibungen des Regionalplans Kapitel A „Allgemeine Entwicklung, Raumstruktur und Zentrale Orte“ und Kapitel B VI „Soziale und kulturelle Infrastruktur“ Stellung zu nehmen.

Bevor wir im Detail unsere Einwendungen zu den einzelnen Punkten erläutern, gestatten Sie uns noch eine generelle Anmerkung.

Wir empfinden es als überaus befremdlich, dass in beiden Fortschreibungen der südliche Landkreis Schwandorf incl. Städtedreieck quasi nicht vorkommt. Beide Kapitel sind rein auf die beiden Räume Amberg und Weiden ausgerichtet und auf die schrumpfenden ländlichen Regionen in der Nordoberpfalz. Wachstumsregionen oder andere Verflechtungsräume existieren laut diesen Fortschreibungen nicht. Uns ist es überaus bewusst, dass der demographische Wandel, gerade im ländlich peripheren Oberpfälzer Raum eine enorme landes- und regionalplanerische Aufgabe ist. Der südliche Landkreis Schwandorf (Städtedreieck, Nittenau, Wackersdorf und Schwandorf) haben allerdings nur sehr bedingt Gemeinsamkeiten mit den schrumpfenden Regionen in der Nordoberpfalz oder mit den beiden Oberzentren Amberg und Weiden.

Dass unsere Region mit ganz anderen Verflechtungsräumen und ganz eigenen Problematiken, gerade im Kapitel A „Allgemeine Entwicklung, Raumstruktur und Zentrale Orte“ nicht einmal erwähnt wird, empfinden wir als eine glatte Themaverfehlung. Unsere Region hat mit dem enormen Wachstumsdruck aus Regensburg zu kämpfen. Beispielsweise ist allein die Stadt Burglengenfeld in den letzten fünf Jahren um knapp 1.000 Einwohner gewachsen. Dies verursacht enorme „Wachstumsschmerzen“ die regionalplanerisch mindestens so herausfordernd sind, wie die Problematik einer schrumpfenden Bevölkerung. Dies planerisch nicht zu berücksichtigen, genauso wie beispielsweise unsere Verflechtung nach Regensburg (allein ca. 5000 Berufsauspendler aus dem Städtedreieck Richtung Regensburg), können wir in keiner Weise nachvollziehen. Um zu verstehen,

wie herausfordernd diese Verflechtungs- und Wachstumsproblematik ist und wie man diese regionalplanerisch aufgreifen kann, empfehlen wir Ihnen einen Blick in die anderen Wachstumsregionen Bayerns, die diese Problematik schon längst erkannt und in der Regionalplanung berücksichtigt haben.

Als überaus bedauerlich empfinden wir es auch, dass unsere Bemühungen der interkommunalen Zusammenarbeit im Städtedreieck mit keinem Wort Beachtung finden. Um Weiden und Amberg soll ein Verflechtungsraum der interkommunalen Zusammenarbeit installiert werden. Unsere weit gediehene interkommunale Zusammenarbeit und unsere Verflechtung nach Regensburg wird dagegen durch nicht Erwähnung regionalplanerisch der Status quo aberkannt. Ein Fakt den wir nicht hinnehmen können und wollen.

Im Einzelnen nehmen wir zu folgenden Punkten Stellung:

Kapitel A „Allgemeine Entwicklung, Raumstruktur und Zentrale Orte“

1.2 (B): Hier bitten wir im zweiten Absatz die Punkte „Digitalisierung“ und „neue Mobilitätsformen“ zu ergänzen, da diese mittelfristig enorme planerische Herausforderungen mit sich bringen werden.

1.3. (Z): Dieses Ziel ist ersatzlos zu streichen.

Wir finden es als überaus unterstützenswert, dass die Umwelt und unsere natürliche Lebensgrundlage als Belange in der Regionalplanung besonders geschützt werden. Hierfür gibt es allerdings bereits eine Reihe an rechtlichen Instrumentarien und ein extra Kapitel in der Regionalplanung.

Bei Konflikten einem Schutzgut per se einfach den Vorrang zu geben, ist aus unserer Sicht juristisch nicht möglich und ein klarer Verstoß gegen den Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Schutzgütern. Natürlich kann begründet innerhalb eines Abwägungsprozesses einem Schutzgut Vorrang gewährt werden (siehe in Anlehnung an das BauGB). Von vornherein im Regionalplan festzulegen, dass ein Schutzgut (egal welches) über die Belange der anderen Schutzgüter gestellt wird, ist juristisch schlichtweg nicht legitim.

Auch die Begründung, dass hiermit „*dem in der Landesplanung eingeführten Prinzip der Nachhaltigkeit hinreichend Rechnung getragen wird*“ ist aus unserer Sicht mehr als schief interpretiert. Ohne sich über den Begriff der Nachhaltigkeit in der Landesplanung streiten zu wollen, ist dies, wie in dem in der Fortschreibung abgeleitet Ziel, momentan von der Landesplanung her weder in dieser Weise ablesbar noch intendiert. Eine Herleitung vom LEP bzw. der Landesplanung, zum unter 1.3 formulierten Ziel, würde uns interessieren.

Darüber hinaus ist dieser Punkt im Kapitel A „Allgemeine Entwicklung, Raumstruktur und Zentrale Orte“ ohnehin an der falschen Stelle und steht in keinem Zusammenhang mit dem eigentlichen Inhalt des Kapitels.

Abschließend ist zu nennen, dass die Verengung auf „*raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen*“ ebenfalls per se nicht zulässig ist. Wie bekannt sein dürfte, führt diese Wortwahl in der Raumplanung („*raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen*“, „*überörtlich raum- und umweltrelevante Planung*“) planungsrechtlich so gut wie immer in ein Raumordnungsverfahren (kurz ROV). Hier einem Schutzgut per Regionalplan den Vorrang zu gewähren, würde ja das Instrument ROV ad absurdum führen. Dies ist sicherlich von der Landesplanung her nicht gewünscht und würde letztendlich, durch das de facto unbrauchbar machen des regionalplanerischen Instruments ROV, einen klaren Rechtsverstoß darstellen.

Auch in Anbetracht unseres laufenden ROV Umfahrungsstraße im Städtedreieck, bei dem alle Belange der Raumordnung sorgfältig abgewogen werden, können wir diese Formulierung nicht hinnehmen.

Wir sind mehr als bemüht durch gute planerische Praxis alle legitimen Interessen in ein Gleichgewicht zu bringen. Hier einem Schutzgut den Vorrang zu gewähren, ist allein schon aus dieser guten planerischen Praxis heraus Unsinn. Aufgrund der enorm hohen Kosten, die ein ROV mit sich bringt, wären die drei Städte zur Schadensabwehr verpflichtet, gegen diesen Passus Rechtsmittel einzulegen, da wie dargestellt, keine sorgfältige und rechtssichere Abwägung mehr möglich wäre.

Von daher fordern wir, aufgrund der von uns genannten Bedenken, dieses Ziel ersatzlos zu streichen!

1.4 (B): Dem Ziel ist uneingeschränkt zuzustimmen. Die Begründung ist aus Sicht des Städtedreiecks allerdings ungenügend und ist derart zu ändern, dass Wachstumsregionen sich ebenfalls darin wiederfinden können. Hier wird wieder der Fokus rein auf schrumpfende Regionen gelegt. Dass in Wachstumsregionen ebenfalls Engpässe bei der Infrastrukturausstattung etc. auftreten, wird nicht einmal mitgedacht. Die Probleme sind hier oftmals viel dringlicher anzusehen und betreffen in absoluten Zahlen mehr Menschen als in den schrumpfenden Regionen.

Um exemplarisch nur ein Beispiel zu nennen: Bei der drohenden Schließung eines Kindergartens im ländlichen Raum aufgrund des Kindermangels ist die Einrichtung ja noch vorhanden und die dort noch lebenden Kinder sind versorgt. In den Wachstumsregionen ist aufgrund der Mangelsituation die Betreuungseinrichtung noch nicht vorhanden und muss erst noch gebaut werden. Es herrscht somit ein akuter Mangel bei, in absoluten gesehen wesentlich mehr Familien, in Wachstumsregionen gegenüber einen drohenden Mangel der noch nicht eingetroffen ist.

2.3 (Z): Diesem Ziel ist aus Sicht des Städtedreiecks und aus regionalplanerischer Sicht strickt zu widersprechen. Wir haben selbstverständlich keinerlei Einwände, dass sich die Gemeinden der

Nordoberpfalz zur EMN hin orientieren und können dies aus regionalplanerischer Sicht auch nachvollziehen und befürworten.

Die gesamte Planungsregion Oberpfalz-Nord kann aus unserer Sicht aber ganz sicher nicht als Ganzes Mitglied der EMN sein. Weder besteht ein gelebter Verflechtungsraum nach Nürnberg (dieser endet mehr oder minder aus unserer Sicht bei Amberg), noch bringt dieser Zusammenschluss für den (südlichen) Landkreis Schwandorf irgendwelche Vorteile. Im Gegenteil: durch unsere Verflechtung nach Regensburg würde mit einer künstlichen Orientierung nach Nord-Westen die Zusammenarbeit erschwert werden.

Außerdem sollte der Planungsverband sich erst einmal die raumordnerische und planungstheoretische Dimension der Europäischen Metropolregion im Klaren sein. Die Europäischen Metropolregion sind informelle Planungsinstrumentarien, die aufgrund ihrer Kooperationsräume und ihren Institutionen und ihrer finanzieller Mittel auch eine Wirkmächtigkeit entfalten, deren Rechtscharakter aus landesplanerischer Sicht aber noch keinesfalls geklärt ist. Der informelle Raum der Europäischen Metropolregion überdeckt sich in der Praxis mit dem rechtlich definierten Raum der Regionalplanung und läuft deren Zielen zum Teil auch entgegen. Bevor nicht landesplanerische und politisch geklärt ist, welche Bedeutung den Europäischen Metropolregionen zugesprochen werden soll, macht es für das Städtedreieck auch keinen Sinn dort Mitglied zu sein oder sich dorthin auszurichten. Durch die planerische und politische Orientierung gen Nürnberg durch den Planungsverband Oberpfalz Nord als Ganzes, befürchten wir sogar eher negative Auswirkungen, da verbindlich im Regionalplan festgelegt. Um es auf den Punkt zu bringen: es macht weder geographisch, noch politisch, noch planerisch, noch von den räumlichen Zusammenhängen her Sinn, dass das Städtedreieck zum Verflechtungsraum Nürnberg gehört. Dies gilt erst Recht für Kommunen die noch weiter östlich liegen (Nittenau, Neunburg vorm Wald,...). Die Mitgliedschaft und die Ausrichtung der Kommunen hin zur EMN sollte wie bisher von den Kommunen und Landkreisen selbst festgelegt und nicht im Regionalplan behandelt werden.

2.4 (B): Dem Ziel ist nichts hinzuzufügen. Nur bei der Begründung wird, wie eingangs schon erwähnt, das Städtedreieck wieder außen vor gelassen.

In die Begründung soll folgender Text aufgenommen werden: Das Städtedreieck Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof, Teublitz soll, gemäß des tatsächlichen Verflechtungsraums, eine engere Kooperation mit dem Regionalzentrum Regensburg und dessen Verdichtungsraum eingehen. Geeignete interregionale Gremien sind hierfür einzurichten um eine engere Abstimmung in den Bereichen Wohnen, Wirtschaften, Verkehr und Infrastruktur erreichen zu können.

3.1 (B): Hier gilt wieder exakt das gleiche, wie bereits unter 1.4. und 2.4 dargestellt. Auch die Region Städtedreieck gehört laut LEP zum ländlichen Raum und zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf.

Hier die Ressourcenverteilung per Regionalplan von vornherein Teilregionen zu bevorzugen ist aus unserer Sicht schlicht nicht legitim und auch in keiner Weise vom LEP her abzuleiten. Wie unter 1.4 schon exemplarisch dargestellt, ist der Druck und die Problematik, die durch Wachstum entsteht, oft vielmals dringlicher, als die Probleme, die sich in schrumpfenden Regionen auftun. Ein sehr gutes Beispiel wäre hier der ÖPNV, der in absoluten Zahlen in unserer Region wesentlich mehr Menschen betrifft und ebenfalls in keiner Weise als angemessen bezeichnet werden kann.

3.2 (G): Hier sollte die Stellungnahme des Städtedreiecks zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms vom 05.12.2017 berücksichtigt werden.

Langfristig ist anzustreben, dass das Städtedreieck Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof, Teublitz als Oberzentrum im Verflechtungsraum Regensburg etabliert wird. Damals hieß es in unserer Stellungnahme:

„Zentrale Orte im Verflechtungsraum Regensburg mittelfristig neu regeln

Durch die Neueinstufung zahlreicher Gemeinden in den Planungsregionen 6 und 11 und der Einstufung Regensburgs als Regionalzentrum hat sich aus Sicht des Städtedreiecks Burglengenfeld/Maxhütte-Haidhof/Teublitz die Relation zwischen den Zentren stark verschoben. Die Veränderungen zum gut zehn Jahre alten Landesentwicklungsprogramm von 2006 sind eklatant und die Bedeutungsverschiebung ist mit der realen Entwicklung der einzelnen Zentren nicht zu erklären. Das Städtedreieck mit seinen ca. 32.000 Einwohnern und seiner sehr hohen demographischen und wirtschaftlichen Dynamik ist aus unserer Sicht, in Relation zu den anderen Zentren, nicht mehr adäquat vertreten. Es wird angeregt, den Großraum Regensburg insgesamt landesplanerisch neu zu regeln. So soll wie oben ausgeführt der interkommunale Kooperationsraum festgelegt und formalisiert werden. Es ist zu überlegen, ob die beiden Entwicklungsachsen entlang den Hauptverkehrswegen (BAB 3 und BAB 93) wieder verfolgt werden sollen um eine geregelte Siedlungsentwicklung in die Fläche hinein zu gewährleisten. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob das Städtedreieck mittelfristig als Oberzentrum im Großraum von Regensburg entwickelt werden soll. Es könnte als Gegengewicht zur Stadt Regensburg ausgebaut werden, um die Agglomerationsnachteile abzufedern und eine nachhaltige Raumentwicklung zu garantieren. Durch ein differenziertes Wachstum in den Raum hinein, kann eine Minimierung des Flächenverbrauchs erzielt werden. Voraussetzungen hierfür sind allerdings neue Konzepte der Stadt- und Regionalplanung sowie die gemeinsame Entwicklung der dazu nötigen Infrastruktur, wie beispielsweise des ÖPNVs. Da sich die demographische und wirtschaftliche Entwicklung in der Region vermutlich fortsetzen wird, ist man gerade unnötigerweise dabei, ähnliche Fehler wie bei den Suburbanisierungswellen in den 1970er und 1990er Jahren zu wiederholen.

Von daher lauten die zentralen Forderungen des gemeinsamen Mittelzentrums Burglengenfeld/Maxhütte-Haidhof/Teublitz:

- Konkretisierung und Formalisierung der Kooperationsräume
- Landesplanerische Weiterentwicklung des Verflechtungsraums Regensburg
- Einstufung beziehungsweise Weiterentwicklung des Mittelzentrums Burglengenfeld/Maxhütte-Haidhof/Teublitz als Oberzentrum“

Dem ist aus unserer Sicht momentan nichts hinzuzufügen.

4.1. (B) und Karte Nahbereiche: Wie bekannt sein dürfte, plant das Städtedreieck seit geraumer Zeit seine Nahbereiche zusammenzulegen. Aufgrund der räumlichen Nähe der drei Städte (maximal 3,5 Kilometer zwischen den drei Stadtkernen), wären keine negativen Auswirkungen für die einzelnen Nahversorgungsfunktionen in den momentan bestehenden Nahbereichen zu erwarten. Darüber hinaus hat sich das Städtedreieck durch die bereits bestehende Struktur, de facto zu einem gemeinsamen Nahbereich entwickelt. „Eine flächenhafte Ausdehnung der Mehrfach-Mittelzentren“ gibt es in unserer Region somit nicht. Die drei Städte wollen demnächst über geeignete Vertragsinstrumentarien diskutieren, wie vor allem der Einzelhandel gesichert strukturiert werden kann. Danach sollen die Nahbereiche zusammengelegt werden. Dies ist im Regionalplan zu berücksichtigen. In die geplante Regionalplanänderung muss daher zwingend aus unserer Sicht eine Öffnungsklausel aufgenommen werden, die bereitwilligen Kommunen zumindest die Möglichkeit der Zusammenlegung der Nahbereiche offenlässt.

Kapitel B VI „Soziale und kulturelle Infrastruktur“

1.1 (B) Hier wird, wie bereits mehrfach dargelegt, wieder der Fokus auf rein schrumpfende Regionen gelegt. Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen, dass die Planungsregion 6 Oberpfalz – Nord nicht nur aus schrumpfenden Regionen mit einer überalternden Bevölkerung besteht. Die (sozialen) Infrastrukturprobleme in wachsenden Regionen sind ebenfalls eine enorme gesellschaftliche, politische und planerische Herausforderung. Von der naiven Annahme, dass „Wachstum nur verteilt werden müsse“ bitte wir dringend Abstand zu nehmen! Es ist uns noch gestattet anzumerken, dass Wachstumsregionen, wie in den Fortschreibungen implizit unterstellt wird, über eine ausreichende finanzielle Ausstattung verfügen, um die soziale Infrastruktur einfach entstehen zu lassen. Da bekannt sein dürfte, dass Wachstum für die Kommunen erst einmal Mehrausgaben und Kosten bedeuten, ist die mitnichten der Fall. Von daher stehen wir auch finanziell vor zum Teil weit aus schwierigeren Herausforderungen als der Raum mit Bevölkerungsrückgang.

2.1.1 (B) Hier wird, wie bereits mehrfach dargelegt, wieder der Fokus auf rein schrumpfende Regionen gelegt. Im Städtedreieck müssen die Grundschulen erweitert werden bzw. steht in Burglengenfeld ein neuer Grundschulstandort zur Diskussion. Dies ist regionalplanerisch zu berücksichtigen. Die finanziellen Mittel hierfür sind auch im Städtedreieck nicht „einfach so“ vorhanden und ein Umgang hiermit muss regionalplanerisch berücksichtigt werden. Die in der Fortschreibung genannten Strategien der Anpassung beziehen sich alle samt auf zurückgehende Schülerzahlen und sind für das Städtedreieck nicht anwendbar. Hier muss aus unserer Sicht nachgebessert werden.

2.1.5 (B) Mittelfristig ist im Städtedreieck eine Berufs(fach)schule zu etablieren. Im Städtedreieck leben derzeit knapp 33.000 Einwohner mit einer stark steigenden Tendenz. Die Bevölkerung des Städtedreiecks ist im Durchschnitt gesehen sehr jung. So leben 892 Personen zwischen 15 und unter 18 Jahren, 1.981 Personen zwischen 18 und unter 25 Jahren und 19.289 Personen zwischen 25 und 65 Jahren im Städtedreieck. Die erwerbsfähige Bevölkerung liegt somit bei 22.162 Personen, wobei der Anteil der jungen Personen im Ausbildungsalter (15 bis unter 25 Jahren) bei 2.873 liegt.

Für diese knapp 3.000 Personen gibt es im Städtedreieck keine einziges Berufs(fach)schulangebot. Ein Zustand der von unserer Seite her nicht hinnehmbar ist. Unsere Region kämpft um Fachkräfte und stolz darauf, dass wir junge Leute in der Region halten können. Ein Angebot zur beruflichen Bildung würden diese Bemühungen erheblich unterstützen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum dieser Personenkreis Ausbildungswege von 50 km und mehr zurücklegen muss. Im Sinne einer guten Regionalplanung sollte das Angebot dort vorzufinden sein, wo die Nachfrager leben. Weitere Faktoren (enorm hohe Auspendlerquote und Pendlerdefizit, Fachkräftemangel, Standortfaktor berufliche Bildung, Stärkung und Spezialisierung des Wirtschaftsstandorts Städtedreieck, Bevölkerungswachstum, etc.) sprechen ganz klar dafür, dass mittelfristig ein Berufs(fach)schule im Städtedreieck etabliert werden muss. Dies ist regionalplanerisch zu berücksichtigen.

2.4.2 (B) Hier ist ebenfalls das Städtedreieck zu berücksichtigen. Analog wie bereits im Punkt 2.1.5 dargestellt, verfügt das Städtedreieck mit seinen 33.000 Einwohnern kaum über Hilfsangebote für von Schulden oder Sucht betroffene Menschen. Gerade bei der hohen Anzahl von jungen Menschen und jungen Familien wäre eine potentielle Hilfe vor Ort angebracht. Hier Beratungsangebote vor Ort anzubieten ist aus unserer Sicht geboten.

2.5.3 (B) In die Begründung aufzunehmen, dass in Burglengenfeld geprüft werden soll, ob eine Geburtsstation wieder eröffnet werden kann. Aufgrund der hohen Anzahl von Geburten in den letzten

Jahren würde uns dies sinnvoll erscheinen. Durch die argumentative Unterstützung des Regionalplans, dass im Städtedreieck eine Geburtsstation nötig ist, könnte dieses Ziel schneller erreicht werden.

2.5.6 (B) Es ist zu prüfen, ob die Hospiz- und Palliativversorgung im Landkreis Schwandorf, in Kooperation mit dem bereits vorhandenes Netzwerk vor Ort, im Städtedreieck angesiedelt werden kann.

3.3.1 und 3.3.3 Das Städtedreieck ist nicht nur wirtschaftsgeschichtlich, sondern auch siedlungshistorisch zutiefst von der montan-industriellen Vergangenheit geprägt. Die Spuren dieser Wirtschaftsform sind im Städtedreieck allgegenwärtig und können an der Kulturlandschaft abgelesen werden. Diese Spuren sichtbar, zugänglich und erlebbar zu machen soll im Regionalplan festgehalten werden. Gerade in Kooperation mit dem Oberpfälzer Volkskunde Museum wäre dies ein fruchtbare, professionelle und wissenschaftlich fundierte Gelegenheit.

3.6.1. (B) Hier soll der Bibliotheksverbund im Städtedreieck und dessen weiterer Ausbau und Unterstützung Eingang finden. Die drei Stadtbüchereien im Städtedreieck kooperieren seit vielen Jahren vorbildlich und haben nicht zuletzt einen gemeinsamen Büchereiausweis eingeführt. Diese tiefe Kooperation soll auch von Seiten der Regionalplanung erwähnt und unterstützt werden.

3.6.2 (B) Die drei Städte beschäftigen zusammen einen hauptamtlichen Archivar. Diese seit Jahren bewährte Kooperation soll im Regionalplan berücksichtigt und unterstützt werden.